

sende Wohnungsnot hingewiesen, die jetzt in Berlin der CDU angelastet worden sei.

Christoph Böhr, Vorsitzender der Jungen Union, hielt Kohl und seiner Regierung vor, sie verstünden rein gar nichts davon, wie in einer vom Fernsehen geprägten „Medien-Demokratie“ Politik zu machen sei. Man gebe „laufend Antworten auf Fragen, die kein Mensch stellt in dieser Gesellschaft, etwa bei der Gesundheitsreform“. Kohl habe es versäumt, mit professioneller Öffentlichkeitsarbeit vorab die Bürger von der Notwendigkeit der Reformen zu überzeugen. Die Regierung reagiere „völlig hilflos“ auf Themen, die von außen auf sie zukämen, und schaffe es nicht, „ihre eigenen Themen nach vorne zu bringen“.

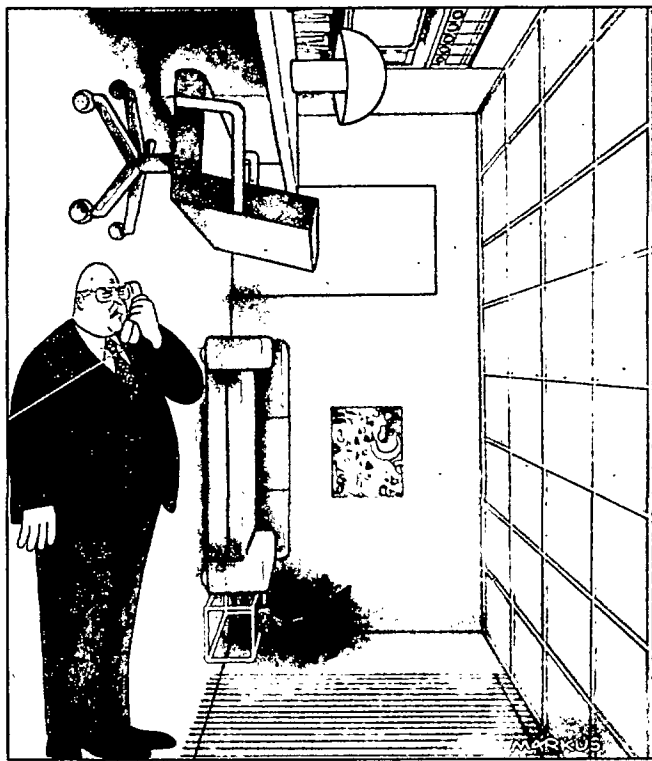
Berlins Diepgen beklagte das „Diktat der Fiskalpolitik“. Die Regierung Kohl richte sich nicht mehr danach, was politisch geboten sei. Bonn handle im übrigen nach der Methode „wir erkennen Probleme und zerreden sie dann“. Die Gründe für die Berlin-Niederlage lägen eindeutig in Bonn.

Matthias Wissmann, Wirtschaftssprecher der CDU/CSU-Fraktion, hielt der Kohl-Regierung in der Sport- und Kulturpolitik „glattes Versagen“ vor. Zu sehr auf die Wohlstandsmehrung fixiert, blieben wichtige Felder unbeackert, auf denen sich leicht Wählersympathien ernten ließen.

Da traute sich auch Späth aus der Deckung: Die Regierung Kohl habe die Ausländerpolitik schleifen lassen, das Asylantenproblem hingeschleppt. Ob beim Wohnungsprogramm für Aussiedler, ob bei der Hochschulförderung – die Bundesregierung kleckere, aber klotze nicht. „Wir“, sagte Späth und meinte Kohl, „machen Reformen, die der einzelne nicht versteht. Wir analysieren mit Getöse einen Mißstand. Dann teilen wir mit, daß wir 50 Prozent der notwendigen Mittel bereitstellen, geben dann aber nur die Hälfte davon aus und wundern uns, daß wir nur Unzufriedenheit erzeugen.“

Kohl hörte sich alles an, gab auch zu, ja, es habe „gewaltige Defizite“ in der Präsentation der Regierungspolitik gegeben. Er verzichtete – dies war neu – auf den nach solchen Krachsitzungen üblichen Abbinder: Wenn nun alle zusammenstünden, werde man es schon schaffen. Das schien ihm wohl nicht mehr so recht passend.

Zufrieden reiste Späth heim. Jetzt will er weiter abwarten, brav seine Pflicht im hessischen Wahlkampf tun. Die Personaldebatte über Kohl sollen andere er-



Stern

„In der jetzigen Situation kommt es vor allem darauf an, Stehvermögen zu beweisen!“

öffnen; nach langem Zaudern gibt er sich jetzt entschlossen, danach offen den Führungsanspruch anzumelden.

Gefallen würde Späth, wenn einer vom Schlage Geißler, dem das CDU-Volk abnimmt, ohne weiteren eigenen Ehrgeiz das Beste für die Partei im Sinn zu haben, gegen Kohl aufstünde – und sei es erst mal nur hinter den verschlossenen Türen des Präsidiums.

Kraft und Tiefe soll der Angriff auf Kohl dann gewinnen, wenn die CDU bei der Europa-Wahl am 18. Juni und bei den Kommunalwahlen im Saarland und in Rheinland-Pfalz am selben Tag weitere schwere Verluste erleidet. Dann dürfte auch die CSU unruhig werden und ihre Haltung zu Späth überprüfen, dem ihr Parteichef Franz Josef Strauß selig stets Kanzlerformat abgesprochen hatte.

In der FDP hat das Nachdenken über den amtierenden CDU-Kanzler längst begonnen. Außenminister Hans-Dietrich Genscher – die freundschaftlichen Beziehungen zu Kohl sind seit längerem abgebrochen – trägt dem Baden-Württemberger dessen rüden Umgang mit den Liberalen im Ländle nicht nach, er habe „nichts“ gegen Späth.

Voll Sorge beobachtet die Bonner FDP-Spitze, daß Kohl als Kanzler eben nicht Figur und Format eines Konrad Adenauer hat, um kraft seiner Persönlichkeit Wähler des rechten Randes an die Union zu binden. Gegen Späth aber hatten es die Republikaner bei der vorigen baden-württembergischen Landtagswahl gerade auf ein

Prozent gebracht. Fehlten einer Union unter Kohl bei der Bundestagswahl 1990 rechts drei bis vier Prozent, werde es sehr knapp für eine Regierungsmehrheit der Koalition.

Am vorigen Mittwoch nutzte Späth die Chance, sich Geißler als Verbündeten zu verpflichten. „Selbstverständlich“, teilte Späth in einem Interview mit, sei er für Geißlers Wiederwahl zum Generalsekretär auf dem Bundesparteitag Mitte September.

Kohl hingegen hatte es auch vorige Woche mit Bedacht vermieden, allen rechten Angriffen gegen den Parteimanager durch eine Vertrauenserklärung mit der Ankündigung die Spitze zu nehmen, er werde Geißler wieder als Generalsekretär vorschlagen. In der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am Dienstag beließ er es bei der Mitteilung, allein der Parteivorsitzende habe das Vorschlagsrecht. Kohl will die Möglichkeit offenhalten, durch ein Geißler-Opfer von sich abzulenken.

Daß die Christenunion sich damit nicht zufriedengeben, ihn gar beim Bremer Bundesparteitag stürzen und einen Lothar Späth zum neuen Vorsitzenden wählen könnte, vermag Kohl sich nicht vorzustellen. „Darüber kann der Kanzler nur lachen“, so einer seiner Mitarbeiter. Späth, „dieses Brutusle“, werde sich ja doch nicht trauen, gegen Kohl anzutreten. Ein Denkmäler sei drin bei der Vorsitzendenwahl, mehr nicht, die Delegierten stünden treu zu ihrem Helmut.

Vorsichtshalber läßt Kohl dennoch schon mal abwiegeln. Eine neuerliche Wahlniederlage in Hessen sei nicht schön. Aber es handle sich doch nur um eine Kommunalwahl, und deshalb „köpft man nicht den Parteichef“.

BERLIN

Stacheln verloren

Mit Rückendeckung der Bonner Parteispitze streben Berlins Sozialdemokraten in ein Bündnis mit den Alternativen.

Drei Wochen nach der Wahl zum Abgeordnetenhaus können die Berliner noch einmal abstimmen. Auf einer Faltkarte, die seit Anfang der Woche in Millionen-Auflage verteilt wird, sollen die Bürger der SPD beantworten, ob sie für eine „Neue Politik“ in der Stadt sind – Kreuzchen im oberen Feld: „Ja“, unteres Feld, halb so groß: „Nein“.

Auf diesem Weg möchte Wahlsieger Walter Momper (siehe Seite 22) „die gesellschaftliche Mehrheit“ für ein rot-grünes Bündnis testen, die er am 29. Januar nur rechnerisch bekam: Die Berliner hatten zusammen 72 Abgeordnete der Sozialdemokraten (55) und der Alternativen Liste (17) ins Parlament gewählt, für CDU (55) und Republikaner (11) blieben nur 66 Sitze. Der plebiszitäre Akt zeigt, wie sicher sich die Wahlgewinner der Stimmung in der Stadt sind.

Seit Ende letzter Woche haben die bündniswilligen Parteien auch ein erstes vorzeigbares Ergebnis: Mompers „Essentials“ für ein Zusammengehen mit den Grünen, bereits vor der Wahl als „Prüfstein für die Berechenbarkeit“ der linken AL formuliert, wurden von den Alternativen wider Erwarten glatt akzeptiert.

Bemerkenswert klar und ohne Formelkompromisse löste eine gemischte Kommission – auf Seiten der Grünen vier alternative Vordenker, bei der SPD fünf Juristen und ein Theologe – die Knackpunkte der Bündnisgespräche:

- ▷ Der seit Ende des Krieges bestehende Alliiertenstatus der Stadt wird gemeinsam bekräftigt,
- ▷ auch künftig werden die Bundesgesetze für Berlin übernommen, und
- ▷ nur der Staat soll entscheiden, „wer zur Ausübung unmittelbaren Zwangs“, mithin zur Gewalt, „befugt“ ist.

Schon am Freitag abend billigte der Landesvorstand der Berliner SPD das Grundsatzpapier einstimmig. „Die Tür ist offen“, frohlockte SPD-Unterhändler Dieter Schröder, Staatsrechtsprofessor und Chefjurist in Mompers Partei.

Beim designierten Bürgermeister machen derweil Genossen mit einschlägigen Erfahrungen die Visite: Hamburgs Ex-Bürgermeister Klaus von Dohnanyi

empfahl, demonstrativ sorgfältig – „in smoke-filled rooms“ – ein volles Koalitionsprogramm bis ins kleinste auszuhandeln. Der SPD-Vize und Ministerpräsident Oskar Lafontaine riet, die Grünen sachlich und personell zu Festlegungen zu zwingen, um dem „Vorwurf der Unregierbarkeit“ vorzubeugen.

Aus Hessen steuerte Paul Leo Giani, Staatskanzleichef des 1987 mit seiner rot-grünen Koalition an einer atomrechtlichen Kontroverse gescheiterten Ministerpräsidenten Holger Börner, Erfahrungen über den Umgang mit den Grünen bei. Nicht „an den großen Fragen“ bewähre sich der Pakt, sondern am Dauerstreß der Art: „Wer verantwortet die Abschaffung der Gaslaternen in der Graefestraße?“

Die bange Frage von Genossen nach der Beständigkeit und Zuverlässigkeit

CSU“ nach Beobachtung von Parteifreunden neuerdings geradezu elektrisiert.

Brandt appellierte an die Fraktion: „Die brauchen unseren Schutz, da steht noch eine Menge bevor.“ Und in kleinem Kreis ventilierte der Ex-Chef, wie die Berliner etwa durch einen parteilosen Top-Wirtschaftssenator oder „eine starke Figur“ als Bundessenator dem SPD/AL-Bündnis die Angriffsfläche nehmen könnten.

Die Union holzt schon jetzt kräftig dagegen, „Machtergreifungsstrategie“, pöbelt die Berliner Parteizentrale. Derweil gab der noch Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen selbst Parteifreunden Rätsel auf, als er letzte Woche mal unter rechtem Beifall Gesprächstermine mit den Sozialdemokraten abblies, dann



AL-Verhandlungspartner Künast, Bischoff-Pflanz: Vertraute Gesichter für Genossen

der Alternativen hält Walter Momper allerdings nicht für allein ausschlaggebend: „Auch eine FDP sichert mir ja zu Beginn der Legislaturperiode alles zu.“

Die anfangs zögerlichen Bonner Genossen, die wie ihr Vorsitzender Hans-Jochen Vogel von „Stimmungspolitik“ mit Grünen abgeraten hatten, entdeckten inzwischen, daß zumindest in Berlin das bisher stets chaosverdächtige „Rot-Grün seine Stacheln verloren hat“ (ein Vogel-Vertrauter).

Die zunächst von den Bonnern diskutierte große Koalition, als Ausweg aus einem vermeintlichen rot-grünen Dilemma, ist nahezu aus dem Gespräch. Das sei mit der Berliner Partei nicht machbar, resümierte letzte Woche der Ehrenvorsitzende Willy Brandt, den die Aussicht auf eine längst verdrängte Vision einer „Mehrheit diesseits der CDU/

aber der SPD wieder eine Kooperation „der Mitte zum Wohle der Stadt“ antrug. Die Angesprochenen vermerken mit Aufmerksamkeit, daß Diepgen seine Koalitionsbereitschaft wahren möchte, falls SPD und AL am Ende doch nicht zueinanderfinden.

Die Berliner fühlen sich keineswegs derart von „Kommunisten und Chaoten“ bedroht, wie die CDU-Zentrale nun fast täglich glauben machen will. Sogar die „Berliner Morgenpost“, sonst Springers bewährter Aufpasser, gesteht Momper zu, Tiefschläge der CDU („Koalition des Irrsinns“) müsse er sich „natürlich“ verbitten. Und die CDU-Behauptung, mit Rot-Grün werde die „Wirtschaft ruiniert“ (Heiner Geißler), muß Momper gar nicht selber zurückweisen – das tat letzte Woche der Präsident der Industrie- und Handelskammer: „Stimmungsmache.“

Die Hoffnung einiger im Lager der abgewählten Christdemokraten, durch



AL-Verhandlungspartner Wolf* „Es geht voran, mit Restrisiko“

* Mit Birgit Arkenstette, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der AL



Berliner Wahlgewinner Momper, Ehefrau Annegret, Töchter: „Oma Krause hat am Wahltag gesagt, nu is Schluß“

„Die Liebe wird nicht gleich ausbrechen“

Berlins SPD-Vorsitzender Walter Momper hat die Wahl zwischen zwei schwierigen Partnern

Auf Walter Mompers Wohntage in der Kreuzberger Fichtestraßelagern, staubsicher weggeschlossen, 16 rote Aktenordner mit Materialien zur Doktorarbeit über die „Preußische Landtagsfraktion der SPD von 1919 bis 1932“. Zentrale politische Figur im unvollendet liegegebliebenen Werk: der sozialdemokratische Ministerpräsident Otto Braun.

Nun ist der Mann im Schrank auf einmal wieder aktuell: Wie der legendäre Weimarer Vorvater, der sich dank trickreicher Koalitionspolitik bis 1932 als „der rote Zar“ am Ruder hielt, pokert neuerdings auch sein Biograph um Macht und neue Politik.

Momper sondierte zunächst die Regierungslust der abgewählten Christdemokraten, deren eigene Basis lieber in die Opposition ginge. Und er nutzt andererseits die Gespräche mit der Union, um die Alternative Liste (AL) auf taktische Distanz und kompromißbereit zu halten, während deren Parteivolk wiederum, hier mit Mompers Gefolgsleuten einig, überschwenglich einem Bündnis mit der SPD zustrebt. Eine paradoxe Situation: Nach einem schlappen Wahlergebnis, dem zweit schlechtesten in der Geschichte der Berliner SPD, sieht sich Momper, 44, in einer Schlüsselposition, die er nicht so leicht nutzen kann – als Sieger ohne Mehrheit, als Regierungswilliger ohne passenden Partner.

Zwar gehen täglich bis zu 200 Ermunterungsschreiben in der Parteizentrale ein, und rot-grüne Aufbruchstimmung erfährt Momper überall, wo er sich zeigt – in der Kneipe legt ihm ein Tamiile Rosen auf

den Tisch, beim Kudamm-Bummel rufen sozifreundliche Passanten: „Bloß nicht mit der CDU.“ Daß die Berliner der Unionspolitik überdrüssig waren, spürt Momper allenthalben: „Oma Krause hat am Wahltag gesagt: Nu is Schluß!“

Aber inbegriffen ist das Risiko, das die Partei aus Hamburg und aus Hessen kennt. Walter Momper weiß, was das Scheitern eines Berliner SPD/AL-Experiments bedeuten würde: „Rot-grün wäre bundesweit auf zehn Jahre weg.“

So operiert der Sozialdemokrat inmitten rot-grüner Hurra-Stimmung mit kühler Geschäftsmäßigkeit. Demonstrativ freundlich empfing er sogar jene CDU-Politiker, die ihn vor der Wahl im machtarroganten Stil angenommen hatten, etwa mit der schmerzhaften Sottise, der Ober-Sozi lasse sich von Scharfmachern seiner Partei „wie der dumme Bruno am Nasenring durch die Stadt führen“ (CDU-Generalsekretär Klaus-Rüdiger Landowsky).

Fairneß wird dem jovial wirkenden Karriere-Genossen auch vom parlamentarischen Gegner bescheinigt, wenn auch selten entgolten. Als Momper im Wahlkampf per Planwagen mit den stämmigen Gäulen „Max“ und „Gigant“ über Berlins Plätze rumpelte, juxten sich CDU-Leute über derlei „Einfalt“ und „Trinität mit Stallgeruch“. Die Demonstration des „norddeutschen Kaltblüters“ (Momper über Momper) mit den stämmigen Holsteinern offenbarte ein Naturell, das Partnern und Gegnern in Koalitionsgerangel deutlich geworden ist: Mompers bodenständige Unbeirrbarkeit.

Der sturmfeste Niedersachse, drei Monate vor Kriegsende in Sulingen bei Bremen geboren, bewegt sich gern im Volksmilieu. Momper lebt in Berlins buntester Ecke, dem von allerlei akademischen wie autonomen Szenemenschen, Aufsteigern und Aussteigern bevölkerten Kreuzberger Südsternekiez. Mit Ehefrau Annegret, einer Lehrerin, wohnt er in einem mit Freunden erworbenen Mietshaus. Wenig gemein hat der Jollensegler und Hobbygärtner Momper mit dem im Jogger-Viertel Grunewald wohnenden Diepgen – allenfalls „unsere zwei kleinen Kinder“.

In München studierte Momper Geschichte, bis ihn der an der Uni verordnete „Latein-Unterricht bei den katholischen Schwestern nervte“ und nach Berlin vertrieb. Am studentenbewegten Otto-Suhr-Institut, Keimzelle der Apo, machte er Examen als Politologe.

Die 68er-Politisierung brachte den Neu-Berliner allerdings nicht auf die Straße vor das umlagerte Springerhaus, sondern in die Kreuzberger Lokale. Popularität im Kiez („Ich kenne dort jedes Haus“) verschaffte sich der Junggenosse mit basisnaher Sozialarbeit. Elf Jahre lang beriet er im SPD-Büro besorgte Mieter – jeweils samstags zwischen 9 und 13 Uhr, unterstützt von einem jungen türkischen Dolmetscher, „der bei Mercedes-Benz malochte“.

In den Auseinandersetzungen mit den Vertretern von Baubehörden und Wohnungsbaugesellschaften kam dem Sohn von Koch und Köchin der „Sensus für kleine Leute“ zustatten, denen er beim

Zoff mit den Vermietern die Schriftsätze entwarf.

Unter der Ankündigung, er werde „nicht der Konkursverwalter der Partei“ sein, übernahm Momper 1986, bis dahin hauptberuflich Geschäftsführer der „Historischen Kommission“, zum Fraktions- auch noch den Landesvorsitz. Mit einem pragmatischen Oppositionskurs begann er, die fast auf die Hälfte geschrumpfte einstige 60-Prozent-Partei zu stabilisieren.

Die vom ehemaligen linken Flügelmann verordnete Parteiöffnung für neue Wählerschichten der Mitte wurde stadtwelt zum Spektakel. Als sich Momper letztes Jahr in einer Grundsatzrede für eine unkonventionelle Arbeitsplatzbeschaffung bis hin zu Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst aussprach, trug ihm dieser Brückenschlag zum Saarländer Oskar Lafontaine erbitterten Widerstand örtlicher Gewerkschaftsbosse ein.

DGB-Chef Michael Pagels, gelegentlich als Momper-Konkurrent um die SPD-Spitze hervorgetreten, nannte den Parteifreund „für Arbeitnehmer unwählbar“. Erst nach dem Wahlsieg signalisierte Pagels Versöhnungsbereitschaft, lobte Mompers Verhandlungsgeschick und sekundierte ihm: „Rot-grün ist kein Schreckensgespenst.“

„Rechts, links, das ist alles schon so verblaßt“, beschreibt der rechte Parteiveteran und Momper-Mitstreiter Erich Pätzold die neue Situation. Vor Jahren noch drosch er auf Momper ein, als der in seiner Kreuzberger Nachbarschaft unter

Ovationen der Parteilinken die „Schirmherrschaft“ über das 13. von später über 170 besetzten Häusern der Stadt übernahm.

Bei soviel Momper-Begeisterung hatte der Wahlgewinner zunächst alle Mühe, überschwengliche Erwartungen zu dämpfen. Die Wunschvorstellung auf einem Juso-Flugblatt, nun sei der Chef vom „Igel geküßt“ oder eine inhaltsgleiche Verbrüderungsgraphik der Alternativen, wo das stachelige AL-Wappentier mit der SPD-Rose posiert, kommentiert Momper gelassen: „Die Liebe wird nicht gleich ausbrechen.“

Momper fremdelt mit alternativen Politikern, weil seine Erfahrungen im Heimatkiez widersprüchlich sind. Nervende Kleinhändler mit grünen Basisvertretern in seinem Wohnbezirk Kreuzberg 2 haben seinen Blick geschärft.

Im Abgeordnetenhaus nahm er die Grünen bei jeder Gelegenheit als Gegner an: „Ich bin ja auch zur CDU nicht nett.“ Gleichwohl beansprucht Momper Zieherschaft am „Kreuzberger Modell“, der ersten rot-grünen Kooperation auf Bezirksebene.

Das haben wiederum die Grünen in zwiespältiger Erinnerung. Momper gebärde sich, als wäre er „näher beim ADAC als bei der AL“, stichelte der alternative Abgeordnete Bernd Köppl über den Konkurrenten. „Wir wollten mit Momper den ökologischen Stadtbau“, klagte noch vorletzte Woche ein Kämpfer auf der AL-Mitgliederversammlung, „und was haben wir gekriegt? Die Hofbegrünung.“ So schimmert altes Mißtrauen auch in den jetzigen SPD-AL-Runden durch, wo erkennbar unterschiedliche Politiker-Generationen aufeinandertreffen. Alternative bespötteln am vorgesehenen Seniorpartner die „festgefügte Kleiderordnung“ und Mompers starre Rituale: „Der liest ja alles ab.“ Dem SPD-Bürgermeister-Kandidaten will es einstweilen noch nicht in den Kopf, „daß die so in einem Atemzug über Dienstfahrräder und über ein Neun-Milliarden-Förderungsmodell“ sprechen können.

Aber auch hier kann Momper auf Lernfortschritte verweisen. Beim letztjährigen Filmfest zog seine Frau das Große Los – ein BMW-Motorrad; anders jedoch als Rut Brandt, die vor Jahren zum Ingrim der Genossen mit ihrem beim Presseball gewonnenen Cabrio durch die Stadt karrierte, lösten die Mompers den Glücksfall umsichtig und auf rot-grüne Art.

Sie verkauften die BMW-Maschine: Ein Großteil des Erlöses kam in die Kassen des August-Bebel-Instituts, vom Rest wurden Fahrräder gekauft.

eine große Koalition doch noch Macht zu behalten, schwindet angesichts der täglich steigenden Polarisierung.

Diepgen bleibt zwar noch bis zu der für Mitte März geplanten Wahl des Momper-Senats Regierender Bürgermeister. Doch nur wenn der SPD-Vorsitzende oder seine Senatoren-Kandidaten durchfallen, könnte die Union – eine Zweidrittelmehrheit im Parlament vorausgesetzt – bekommen, was sie eigentlich will: bald Neuwahlen.

Dagegen freilich spricht das Tempo der rot-grünen Einigung. Am 11. März will eine Mitgliederversammlung der AL die Verhandlungsergebnisse sichten, an denen derzeit zwölf Programmkommissionen beider Parteien feilen – „es geht voran, mit Restrisiko“, urteilt AL-Emissär Harald Wolf, „aber positiv“.

Auch die Unterhändler der SPD sind von der „Aufbruchstimmung an allen Ecken“ gepackt, vermeldet ein Momper-Mitstreiter, der Ex-Senator Erich Pätzold, „es darf nur nicht am Ende zu sehr wie ein AL-Aufbruch aussehen“.

Beim alternativen Partner an den Verhandlungstischen sehen SPD-Wortführer „lauter Gesichter, die man schon kennt“ (Momper) – die Ausländer-Politikerin Heide Bischoff-Pflanz, die Berlin-Status-Expertin Renate Künast, den nach mancher Verfassungsschutzdebatte bei den Genossen geschätzten Rechtsanwalt Wolfgang Wieland oder Christian Ströbele, ehemals RAF-Verteidiger und immer noch Fundi, der mittlerweile im Bund mit der SPD eine „Jahrhundert-Chance“ sieht.

Daß für Basis-Begehrlichkeiten künftig die Kassen knapp sind, macht die SPD vorab deutlich: Schwerpunkt seien „die Brot-und-Butter-Fragen der Wirtschaftspolitik“, sagt Momper, „fürs erste geht mal jede Mark in vernachlässigte Gebiete wie Wohnungsbau und Arbeitsplatzgewinnung“.

Alternative Dollpunkte wie die „autofreie Stadt“ oder die Abschaffung der Knäste standen gar nicht erst auf der Tagesordnung. Statt dessen überwiegen die „Schnittmengen“ (AL-Wolf): Durchforstung von Polizei und Verfassungsschutz, Frauenpolitik als Senatsprogramm, Ausländerwahlrecht oder Viertelparität an den unterbemittelten Hochschulen sind Themen, bei denen man die „Programme der beiden Parteien nicht erst umschreiben muß“ (SPD-Professor Schröder).

Einig sind sich die Verhandler auch in der Ablehnung des von Kanzler Helmut Kohl offerierten Deutschen Historischen Museums am Reichstag. „Da sollte besser ein Holocaust-Denkmal hin, schon als Antwort an die Republikaner“, verkündet Mompers Wahlkampfmanager Wolfgang Nagel.

Die in Jahrzehnten bei den etablierten Parteien eingerissenen Filz- und Bakschisch-Gebräuche möchten Rot-Grün-Befürworter wie SPD-Pätzold als erstes bekämpfen – mit längst vergessenen Re-



SPD-Chef Momper, Gäule „Max“ und „Gigant“ „Norddeutscher Kaltblüter“

zepten. Wieder einführen will er die einst vom sozialdemokratischen Innenminister Joachim Lipschitz kreierte Geschenkeregulierung im öffentlichen Dienst – „zu Weihnachten höchstens ein Notizkalender, jedoch ohne Kugelschreiber“.

AUFRÜSTUNG

Ständig beleidigt

Eher verwirrt verließ US-Außenminister Baker die Bundeshauptstadt. Nach Gesprächen mit Kohl und Genscher weiß er immer noch nicht, was Bonn in der Raketen-Frage eigentlich will.

Im Kleinen Kabinettsaal des Kanzleramtes suchte der neue amerikanische Außenminister James Baker Auskunft über die Position Bonns zur Stationierung neuer Atomraketen in Europa. Ein Interview des Bundeskanzlers in der Londoner „Financial Times“, so der Besucher aus Washington, habe „einige Unklarheiten“ entstehen lassen.

Kohl setzte sich zur Wehr: „Für die Überschrift kann ich nichts“, belehrte er am Montag vergangener Woche seinen Gast. „Ich habe meine Position nicht geändert.“

Aus dem Kanzlerinterview (Überschrift: „Kohl bekräftigt: Entscheidung über atomare Kurzstreckenraketen hat Zeit“) hatten die Amerikaner den Schluß gezogen, Kohl wolle den Beschluß der Nato über die „Modernisierung“ ihrer Kurzstreckenraketen verzögern. „Die wirkliche Entscheidung über die Produktion“ (eines Nachfolgesystems für die „Lance“-Raketen der Nato), hatte der Kanzler gesagt, „wird 1991/92 fallen“.

Bis zu diesem Interview hatten die Amerikaner geglaubt, der Bundeskanzler sei bereit, die neue Aufrüstung im Rahmen des von den Deutschen erfundenen „Gesamtkonzepts für Sicherheit und Abrüstung“ der Nato gutzuheißen, das die Allianz schon Ende Mai zum 40. Geburtstag der Nato in Brüssel beschließen will. Und nun dieser Schwenk?

Zusätzliche Verwirrung stifteten die „Interpretationen“ zum Kohl-Interview. Kanzlersprecher Friedhelm Ost beschied einen US-Journalisten, der „Entscheidungsbedarf“ für die Lance-Raketen werde erst 1991/92 notwendig. Ost: „Ich weiß nicht, ob Sie schon jetzt die Entscheidung treffen, welches Auto Sie im Jahre 2000 fahren.“

Auch der FDP-Vorsitzende Otto Graf Lambsdorff gab Irritierendes von sich. Er hatte sich zunächst – gegen die FDP-Linie – als Nachrüstungsbeifürworter versucht. Als das Präsidium ihn wieder auf Kurs gebracht hatte, bekannte er, eine dritte Null-Lösung, der Verzicht auch auf die atomaren Kurzstreckenraketen, sei durchaus denkbar.



Gastgeber Genscher, Gast Baker: „Verschwörung mittelmäßiger Menschen“

Wie sollte US-Außenminister Baker bei diesen Verwirrspielen eine klare Linie in Bonn ausmachen? Der Kanzler, klagte ein ranghoher Baker-Begleiter, sei „ständig beleidigt“, der Außenminister trickse herum. Den Deutschen fehle schlicht „Orientierung“.

Am meisten verärgerte die Amerikaner Kohls „unausgesprochene Warnung“ („Financial Times“) vor einem Raketen-Wahlkampf 1990: Nach einer Wahlniederlage der CDU/CSU müßten sich die Alliierten auf noch größere Schwierigkeiten mit einer rot-grünen Regierung in Bonn gefaßt machen. „Solche Argumente“, schimpfte ein US-Diplomat vor Abgeordneten der Union, „werden wir nicht mehr hinnehmen.“

So weit ist es also gekommen: Christdemokrat Kohl, der so gern seine Freundschaft zu Amerika beschwört, hat die Verbündeten gegen sich aufgebracht. Der Unmut der Amerikaner zielt nicht mehr nur auf den Außenminister und den „Genscherismus“, auch der Kanzler ist in den Verdacht der Unzuverlässigkeit geraten.

Die Verbündeten, nicht nur die USA, sondern auch die britische Premierministerin Margaret Thatcher, haben die Bonner Haltung zur Raketen-Nachrüstung längst zum Test für die Bündnistreue der Deutschen gemacht. US-Präsident George Bush versuchte in Washington schon, allzu harte Kritik an den Westdeutschen abzuwehren: Eine „große Uneinigkeit“ sehe er nicht.

Der amerikanische Außenminister präsentierte in Bonn eine fix und fertig formulierte „gemeinsame Erklärung“: Die Deutschen sollten versichern, sie seien dafür, alle Waffensysteme der Nato „up to date“ – also modern – zu

halten. Die Einschränkung „wo dies erforderlich ist“, die beim Nato-Gipfel vor knapp einem Jahr auf Drängen der Deutschen noch akzeptiert worden war, hatten die Amerikaner weggelassen. Die Besucher verlangten noch mehr:

- ▷ Bonn müsse eine „Modernisierungsentscheidung“ im Mai mittragen, weil sonst der US-Kongreß keine Gelder für neue Kurzstreckenraketen bewilligen werde.
- ▷ Kohl und Genscher sollten davon abrücken, im „Gesamtkonzept“ ein Angebot an die Sowjets zu verankern, demnächst in Wien nicht nur über konventionelle Streitkräfte, sondern parallel auch über atomare Kurzstreckensysteme zu sprechen.

Verhandlungen über Kurzstreckenraketen dürften, so die Amerikaner, erst nach Abschluß der Wiener Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte beginnen. Sonst werde der sowjetische Abrüstungsdynamiker Michail Gorbatschow womöglich abermals eine Null-Lösung anbieten, die der Westen dann nur schwerlich ablehnen könne.

Genscher hält diese Begründung für fadenscheinig: Wenn die Sowjets wollten, könnten sie den Westen jeden Tag mit einer Null-Lösungs-offerte unter Druck setzen. Da sei es besser, man sitze schon an einem Verhandlungstisch und rede über einen „ersten Schritt“, über gemeinsame Obergrenzen.

Die Amerikaner mochten sich darauf jedoch nicht einlassen. In „bilateralen Gesprächen“ (Baker) wollen die Streitkräfte nun einen Kompromiß suchen; dabei soll auch über den deutschen Wunsch gesprochen werden, eine prinzipielle Zustimmung zur Raketen-Modernisierung mit einem „entscheidenden